

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe

A. Problem und Ziel

In der Kinder- und Jugendhilfe werden junge Menschen, die in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung oder sonstigen Wohnform der Kinder- und Jugendhilfe leben und die ein eigenes Einkommen haben, zu den Kosten der Leistung der Kinder- und Jugendhilfe aus ihrem Einkommen herangezogen. Dies gilt ebenfalls für alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihrem Kind, die nach § 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in einer gemeinsamen Wohnform untergebracht sind (sogenannte Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII). Gemäß § 94 Absatz 6 SGB VIII haben junge Menschen sowie Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII bis zu 25 Prozent ihres Einkommens als Kostenbeitrag einzusetzen. Auch die Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII werden abhängig von der Höhe ihres Einkommens zu den Kosten aus ihrem Einkommen herangezogen.

Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ist, junge Menschen darin zu unterstützen, sich zu einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln. Junge Menschen sollen darin gestärkt und dazu motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen für einen erfolgreichen Weg in ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Die Heranziehung junger Menschen zu den Kosten der Leistung widerspricht diesem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Wachsen junge Menschen außerhalb ihrer Herkunftsfamilie auf, haben sie bereits mit zusätzlichen Herausforderungen umzugehen und dadurch einen schwierigeren Start in ein eigenständiges Leben. Dieser Start wird nochmals erschwert, wenn sie einen Teil ihres Einkommens, das sie zum Beispiel im Rahmen eines Schüler- oder Ferienjobs oder ihrer Ausbildung verdienen, abgeben müssen. Das Erreichen selbst gesteckter Ziele wie zum Beispiel die Finanzierung eines Führerscheins, die Finanzierung einer Reise, die Erarbeitung von Startkapital für ihre Zukunft, wird erschwert bzw. dauert insgesamt länger. Damit können Erfolgserlebnisse durch eigenes Engagement unerreichbar erscheinen, gerade auch im Vergleich mit Gleichaltrigen, die ihre Einkommen behalten dürfen. Die Motivation, sich Ziele zu setzen und sich für diese einzusetzen, wird dadurch gedämpft. Dies kann zur Folge haben, dass eine Ausbildung gar nicht erst begonnen oder einer anderen Beschäftigung nicht nachgegangen wird. Dadurch werden nicht nur die Chancen der jungen Menschen am Arbeitsmarkt eingeschränkt, den jungen Menschen fehlen letztlich auch Mittel, um finanziell unabhängig zu werden.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Kostenheranziehung von jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 sowie für ihre Ehegatten und Lebenspartner aufzuheben. Dadurch können die jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 sowie ihre Ehegatten und Lebenspartner vollständig über das Einkommen, das sie erzielen, verfügen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe verringern sich die Einnahmen der Kommunen um jährlich rund 18,3 Millionen Euro.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Aufgrund der Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe sinkt der Zeitaufwand der Bürgerinnen und Bürger um rund 6.669 Stunden und die Sachkosten reduzieren sich um rund 26.600 Euro.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für Bund und Länder: Keiner.

Für die Kommunen: Für die Verwaltung reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um rund 559.000 Euro.

F. Weitere Kosten

Bürgerinnen und Bürger werden jährlich um rund 18,3 Millionen Euro durch die Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe entlastet.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER**



Berlin, 19. September 2022

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung
von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Bundesrat hat in seiner 1024. Sitzung am 16. September 2022 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates wird nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Scholz

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch**

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 107 wird wie folgt gefasst:
„§ 107 (weggefallen)“.
 - b) Folgende Angabe wird angefügt:
„§ 108 Übergangsregelung“.
2. § 92 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt:
„(1) Zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen sind Elternteile aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 heranzuziehen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.“
 - b) Der bisherigen Absatz 1 wird Absatz 1a und wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 heranzuziehen sind:“ werden durch die Wörter „Unabhängig von ihrem Einkommen sind nach Maßgabe von § 93 Absatz 1 Satz 3 und § 94 Absatz 3 heranzuziehen:“ ersetzt.
 - bb) Nummer 4 wird aufgehoben.
 - cc) Nummer 5 wird Nummer 4.
 - c) Der bisherige Absatz 1a wird aufgehoben.
 - d) In Absatz 3 Satz 1 werden das Komma und die Wörter „Ehegatten und Lebenspartnern“ gestrichen.
3. § 94 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben.
 - b) In Absatz 2 werden das Komma und die Wörter „Ehegatten und Lebenspartner“ gestrichen.
 - c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „und nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 3 und 4“ gestrichen.

- bb) Folgender Satz wird angefügt:
- „Die Heranziehung der Elternteile erfolgt nachrangig zu der Heranziehung der jungen Menschen zu einem Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes.“
- d) In Absatz 5 werden das Komma und die Wörter „Ehegatten und Lebenspartnern junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19“ gestrichen.
- e) Absatz 6 wird aufgehoben.
4. § 95 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Hat eine in § 92 Absatz 1a genannte Person oder ein Ehegatte oder Lebenspartner des jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 für die Zeit, für die Jugendhilfe gewährt wird, einen Anspruch gegen einen anderen, so kann der Träger der öffentlichen Jugendhilfe durch schriftliche Anzeige an den anderen bewirken, dass dieser Anspruch bis zur Höhe seiner Aufwendungen auf ihn übergeht. Dies gilt unter der Maßgabe, dass der andere weder Leistungsträger im Sinne des § 12 des Ersten Buches noch eine in § 92 Absatz 1a genannte Person noch eine andere gegenüber dem jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 dem Grunde nach zum Unterhalt verpflichtete Person ist.“
5. In § 97a Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Einkommens- und Vermögensverhältnisse“ durch das Wort „Einkommensverhältnisse“ ersetzt.
6. Der bisherige § 107 wird § 108.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Ziel des Gesetzentwurfes ist, die Kostenheranziehung von jungen Menschen, Leistungsberechtigten nach § 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) und ihren Ehegatten oder Lebenspartnern in der Kinder- und Jugendhilfe abzuschaffen, um sie auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen. Die jungen Menschen, die eine stationäre Leistung nach § 27 SGB VIII oder § 35a SGB VIII erhalten, sowie die Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII werden bisher gemäß § 94 Absatz 6 SGB VIII bis zu einer Höhe von 25 Prozent ihres Einkommens zu den Kosten der Leistung herangezogen. Die Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 SGB VIII werden bisher abhängig von der Höhe ihres Einkommens nach der Verordnung zur Festsetzung der Kostenbeiträge für Leistungen und vorläufige Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe (Kostenbeitragsverordnung) zu den Kosten herangezogen.

Mit der Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen wird dem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe Rechnung getragen, die Entwicklung junger Menschen hin zu einer eigenverantwortlichen und selbständigen Person zu unterstützen. Gerade junge Menschen, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie, sondern in einer Pflegefamilie oder Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen, haben bei ihrem Start ins Erwachsenenleben bereits aufgrund ihrer Ausgangslage besondere Herausforderungen zu meistern. Sie brauchen daher Unterstützung, diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dazu gehört es, sie zu motivieren, Verantwortung für ihr zukünftiges Leben zu übernehmen, und darin zu bestärken, sich eigene Ziele zu setzen und diese auch zu erreichen. Möchten sie finanziell Verantwortung übernehmen und für ihre spätere Lebenssituation vorsorgen oder sich beispielsweise den Führerschein selbst finanzieren, sollten sie in diesen Vorhaben bestärkt werden. Kontraproduktiv ist es, wenn sie einen Teil ihres Einkommens abgeben müssen. Denn so können sie ihre Ziele schwerer erreichen; dies kann ihrer Motivation entgegenstehen. Gerade im Vergleich zu Gleichaltrigen, die nicht im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe stationär untergebracht sind, können sie sich zusätzlich benachteiligt fühlen. Nehmen diese jungen Menschen aufgrund der Kostenheranziehung keine Ausbildung oder eine andere Tätigkeit auf, hat dies nicht nur generell für ihre Entwicklung hin zu einem selbständigen Erwachsenen, sondern auch für ihre späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt negative Konsequenzen.

Die Situation von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII ist vergleichbar mit der Situation der jungen Menschen, die stationäre Leistungen im Rahmen von Hilfen zur Erziehung (§ 27 SGB VIII) oder der Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII) erhalten. Zudem handelt es sich bei den Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII zu einem Teil gerade auch um junge Menschen (laut Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die meisten Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII ein Alter zwischen 19 und 22 Jahren). Eine Ungleichbehandlung in der Kostenheranziehung, nur weil die einen eine Leistung nach § 19 SGB VIII erhalten und die anderen Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII oder Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII, ist nicht gerechtfertigt.

Die Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 werden in der Folge auch nicht mehr zu den Kosten aus ihrem Einkommen herangezogen. Ca. 742 junge Menschen oder Leistungsrechte nach § 19 SGB VIII (Schätzungen des Statistischen Bundesamtes vom 18. Mai 2022) haben einen Ehegatten oder einen Lebenspartner, die auch zu den Kosten herangezogen werden. Sie sind vermutlich in einem ähnlichen Alter wie die jungen Menschen und befinden sich damit in einer ähnlichen Situation wie die jungen Menschen selbst. Zudem ist nicht zu begründen, dass die Ehegatten und Lebenspartner weiterhin zu den Kosten herangezogen werden sollen, wenn der Leistungsempfänger selbst nicht mehr zu den Kosten herangezogen wird. Dies gilt sowohl für die stationären als auch für die teilstationären Leistungen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Kostenheranziehung aus Einkommen von jungen Menschen, die in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung oder sonstigen Wohnform der Kinder- und Jugendhilfe leben, abzuschaffen.

Ebenso sollen Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII, das heißt alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihrem Kind oder ihren Kindern in einer gemeinsamen Wohnform, nicht mehr aus ihrem Einkommen zu den Kosten herangezogen werden.

Die Ehegatten oder Lebenspartner der jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 sollen ebenfalls nicht mehr zu den Kosten aus ihrem Einkommen herangezogen werden. Dies gilt sowohl für die Heranziehen zu den Kosten von stationären als auch von teilstationären Leistungen. Seit dem Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen vom 17. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2429) können grundsätzlich nur Volljährige wirksam heiraten. Es ist daher davon auszugehen, dass es sich um die Ehegatten oder Lebenspartner von jungen Volljährigen handelt.

III. Alternativen

Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444), das am 10. Juni 2022 in Kraft getreten ist, wurde die Höhe der Kostenheranziehung von jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII von 75 Prozent auf „höchstens 25 Prozent“ verringert. Zudem wurde geregelt, dass bestimmte Beträge des Einkommens für den Kostenbeitrag unberücksichtigt bleiben. Hierzu zählen insbesondere Einkünfte aus ehrenamtlichen Tätigkeiten wie den Freiwilligendiensten. Die verbleibende Kostenheranziehung erschwert jedoch weiterhin den Weg für junge Menschen in die Selbstständigkeit. Bei den häufig ohnehin geringen Einkommen durch Schüler- oder Ferienjobs oder auch der Ausbildung wirken sich auch 25 Prozent des Einkommens als Kostenbeitrag stark aus.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Änderungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch beruht auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 Grundgesetz (öffentliche Fürsorge) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz. Dem Bund steht das Gesetzgebungsrecht für diesen Bereich zu, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz). Gegenstand des nachfolgenden Gesetzentwurfs ist im Wesentlichen die Abschaffung der Heranziehung von jungen Menschen zu den Kosten der Kinder- und Jugendhilfe durch Änderungen der Vorschriften zur Kostenbeiträgen für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen. Diese Regelungen sind zur Wahrung der Rechtseinheit im Bundesgebiet erforderlich. Eine Rechtszersplitterung hätte hier problematische Folgen im Hinblick auf die Erfüllung des grundlegenden Auftrags der Kinder- und Jugendhilfe, junge Menschen darin zu unterstützen, sich zu einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln, insbesondere auch im Hinblick auf Zugänge und Wirkungen notwendiger erzieherischer Hilfen und Leistungen zu Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. Eine unterschiedliche rechtliche Behandlung desselben Lebenssachverhalts in den Ländern würde zu erheblichen Rechtsunsicherheiten führen, die letztlich insbesondere auch zu einer Schwächung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen führen würden.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union (EU) vereinbar. Im Recht der EU ist die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe nicht im Einzelnen geregelt.

Mit dem Gesetzentwurf werden zudem die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (VN-Kinderrechtskonvention – VN-KRK) umgesetzt, indem die indi-

viduelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt personenzentrierter sozialer Dienstleistungen zur Förderung der individuellen Fähigkeiten und Potentiale gerückt wird, um Selbstbestimmung und die Entscheidung, in der Gemeinschaft zu leben, zu ermöglichen.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Mit dem Gesetz kommt es zur Verwaltungsvereinfachung sowie zur einfacheren Anwendung des Rechts der Kinder- und Jugendhilfe. Die Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 SGB VIII sowie ihrer Ehegatten und Lebenspartner führt zur Verwaltungsvereinfachung und zu einer bundesweiten Gleichbehandlung der jungen Menschen in Pflegefamilien sowie stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf die zu leistenden Kostenbeiträge.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Regelungsvorhaben trägt zur Erreichung des Zieles bei, Armut zu begrenzen, weil bei jungen Menschen, die in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder Pflegefamilien leben, der Anreiz erhöht wird, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder eine Ausbildung zu beginnen. Junge Menschen erhalten dadurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt; sie können zudem für ihr späteres Leben finanziell vorsorgen.

Das Regelungsvorhaben trägt zur Erreichung des Zieles „Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern“ bei, indem Anreize für junge Menschen geschaffen werden, eine Ausbildung zu beginnen.

Beim Regelungsvorhaben bestehen mögliche Zielkonflikte mit dem Bereich „Staatsverschuldung“. Mit dem Regelungsvorhaben werden die Einnahmen auf kommunaler Seite verringert, die die Kosten für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgleichen sollen.

Das Regelungsvorhaben trägt dazu bei, das Ziel „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ zu erreichen, indem es junge Menschen, die stationär in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder in Pflegefamilien untergebracht sind, dazu motiviert, eine Ausbildung zu beginnen. Dies erhöht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und führt zu einer Zunahme von qualifizierten Arbeitskräften.

Das Regelungsvorhaben trägt zur Erreichung der Ziele im Bereich der Erwerbstätigenquote insgesamt (20 bis 64 Jahre) bei, weil junge Menschen dazu motiviert werden, eine Ausbildung zu beginnen.

Das Regelungsvorhaben trägt dazu bei, zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands zu verhindern, indem junge Menschen, die einen schwierigeren Start in das Erwachsenenleben haben, weil sie außerhalb ihres Elternhauses aufwachsen, motiviert und unterstützt werden, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder eine Ausbildung zu beginnen. Dadurch werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt dieser jungen Menschen erhöht. Die Benachteiligung gegenüber jungen Menschen, die in ihrem Elternhaus aufwachsen konnten, wird verringert.

Mit dem Regelungsvorhaben kann Armut und soziale Ausgrenzung vorgebeugt werden.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe verringern sich die Einnahmen der Kommunen um jährlich rund 18,3 Millionen Euro.

4. Erfüllungsaufwand

Für die Bürgerinnen und Bürger:

Aufgrund der Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe sinkt der Zeitaufwand der Bürgerinnen und Bürger um rund 6.669 Stunden und die Sachkosten reduzieren sich um rund 26.600 Euro.

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
1	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 94 Abs. 6 SGB VIII	Abschaffung der Kostenheranziehung aus Einkommen für junge Menschen	7.222	-29,5	-2	-3.551	-14
2	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 3, § 94 Abs. 6 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII	5.600	-29,5	-2	-2.753	-11
3	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 4, § 94 Abs. 5 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung von Ehegatten/Lebenspartner junger Menschen	462	-29,5	-2	-227	-1
4	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 4, § 94 Abs. 5 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung Ehegatten/Lebenspartner von Leistungsberechtigten	280	-29,5	-2	-138	-0,6

Für die Kommunen:

Für die Verwaltung reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um rund 559.000 Euro.

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personekosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)	Insgesamt Änderung des Erfüllungsaufwands (in Tsd. Euro)
1	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 94 Abs. 6 SGB VIII	Abschaffung der Kostenheranziehung aus Einkommen für junge Menschen	7.222	-60	40,2	-1	-290	-7	-297
2	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 3, § 94 Abs. 6 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII	5.600	-60	40,2	-1	-225	-6	-231
3	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 4, § 94 Abs. 5 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung von Ehegatten/Lebenspartner junger Menschen	462	-60	40,2	-1	-19	-0,5	-19

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personealkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)	Insgesamt Änderung des Erfüllungsaufwands (in Tsd. Euro)
4	Änderung von § 92 Abs. 1 Nr. 4, § 94 Abs. 5 SGB VIII	Abschaffung Kostenheranziehung Ehegatten/Lebenspartner von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII	280	-60	40,2	-1	-11	-0,3	-12

5. Weitere Kosten

Die Bürgerinnen und Bürger werden durch den Wegfall der Kostenheranziehung von jungen Menschen um ca. 18,3 Mio. Euro entlastet.

6. Weitere Gesetzesfolgen

In Bezug auf die Wahrung und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat das Regelungsvorhaben Auswirkungen auf die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen, weil die Einnahmen durch die bisherige Kostenheranziehung von jungen Menschen aus ihrem Einkommen entfallen. Zudem kann sich das Regelungsvorhaben auf die Beschäftigung und Erwerbstätigkeit von Regionen (deutschlandweit) auswirken, da in Folge des Regelungsvorhabens junge Menschen motiviert werden, Ausbildungen zu beginnen oder einer anderen Beschäftigung nachzugehen.

7. Demografie-Check:

Die demografischen Folgen und Risiken des Gesetzesvorhabens wurden anhand des vom Bundesministerium des Innern und für Heimat veröffentlichten Demografie-Checks geprüft.

Finanzielle Belastungen für künftige Generationen in Form von Steuer- oder Abgabenerhöhungen bzw. Beitragssteigerungen in der Sozialversicherung werden mit dem Gesetzesvorhaben nicht eintreten.

Die Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Familienpflege erhöht die Anreize bei jungen Menschen, einer Ausbildung oder anderen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dies führt zu einer Verbesserung der Chancen der jungen Menschen im Arbeitsleben.

8. Jugend-Check:

Die Auswirkungen des Gesetzesvorhabens auf die Belange junger Menschen wurden vom Kompetenzzentrum Jugend-Check, das im Rahmen der Jugendstrategie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, geprüft. Nach dem Ergebnis kommt es zu einer finanziellen Entlastung und Stärkung der Selbständigkeit junger Menschen in der vollstationären Jugendhilfe.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung kommt nicht in Betracht, da die beabsichtigte Wirkung dann wieder entfallen würde.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1

Das Inhaltsverzeichnis wird an die Änderungen in § 107 und § 108 SGB VIII angepasst.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Aus ihrem Einkommen sollen in Zukunft Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sowie ihre Ehegatten und Lebenspartner nicht mehr zu den Kosten herangezogen werden. Die Heranziehung der Elternteile aus ihrem Einkommen bleibt unverändert. Der neue Absatz 1 basiert dementsprechend auf dem Wortlaut des bisherigen Absatz 1 Nummer 5.

Zu Buchstabe b

Mit dem neuen Absatz 1a wird klargestellt, dass es weiterhin möglich ist, dass Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII und Elternteile wie bisher unabhängig vom Einkommen zu den Kosten herangezogen werden können. Diese Möglichkeit besteht zum einen wie bisher gemäß § 93 Absatz 1 Satz 3 SGB VIII, wonach Geldleistungen, die dem gleichen Zweck wie die jeweilige Leistung der Jugendhilfe dienen, unabhängig von einem Kostenbeitrag einzusetzen sind. Zum anderen ist weiterhin von der Person, die das Kindergeld bezieht, unter den Voraussetzungen des § 94 Absatz 3 ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen.

Die Ehegatten und Lebenspartner wurden aus dem Personenkreis herausgenommen, da diese keine zweckgleiche Leistung oder das Kindergeld für den jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII erhalten.

Zu Buchstabe c

Eine Heranziehung der Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII entfällt; dies gilt auch für ihr Vermögen. Insofern entfällt die Regelung des bisherigen Absatzes 1a.

Zu Buchstabe d

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung daran, dass Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII nicht mehr zu den Kosten herangezogen werden.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Nur noch die Elternteile werden aus ihrem Einkommen zu den Kosten herangezogen. Daher ist die Regelung zum Vorrang und Nachrang in den Sätzen 3 und 4 überflüssig und wird gestrichen. Die bisherige Nachrangstellung der Kostenbeitragspflicht der Elternteile entfällt somit. Von der Rechtssystematik her könnten die Elternteile dadurch erstmalig oder in einem höheren Umfang zu den Kosten herangezogen werden als bisher. Bereits nach aktuellem Recht konnte auf die Kostenheranziehung junger Menschen verzichtet werden („höchstens 25 Prozent“ in § 94 Absatz 6 Satz 1 SGB VIII); damit war bereits in solchen Fällen die Nachrangstellung der Eltern als Kostenbeitragspflichtige gegenüber den jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII aufgehoben. Die Elternteile wurden aufgrund ihrer Nachrangstellung nur dann nicht zu den Kosten herangezogen, wenn die Kostenbeiträge durch die jungen Menschen, Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII, Ehegatten und Lebenspartner die tatsächlichen Aufwendungen der Leistung vollständig abdecken (vgl. § 94 Absatz 1 Satz 2 SGB VIII). Da junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII nur noch maximal 25 Prozent des Einkommens abgeben mussten, beträgt selbst bei einem relativ hohen Nettoeinkommen zum Beispiel im Rahmen einer Ausbildung von 1.200 Euro der Kostenbeitrag maximal 300 Euro. Diese decken die Kosten einer stationären Unterbringung oder Unterbringung in einer Pflegefamilie nicht ab. Bei der Kostenheranziehung der Ehegatten wird der Kostenbeitrag die Kosten der Unterbringung in der Regel auch nicht abdecken. Selbst wenn man von einem relativ hohen Einkommen wie dem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen in Deutschland in

Höhe von 4.100 Euro ausgeht (Quelle: Statistisches Bundesamt für das Jahr 2021), wären die tatsächlichen Aufwendungen der Unterbringung nicht von dem Kostenbeitrag gedeckt. Denn dieser würde dann mit 342 Euro (Stufe 7 bei einem maßgeblichen Nettoeinkommen in Höhe von ca. 1.910 Euro) nur einen Teil der Kosten abdecken. In der Folge kann davon ausgegangen werden, dass der Wegfall des Nachrangs der Kostenbeitragspflicht der Elternteile grundsätzlich nicht dazu führen wird, dass Elternteile erstmalig oder in signifikant höherer Höhe zu den Kosten herangezogen werden.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung daran, dass Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII nicht mehr zu den Kosten herangezogen werden.

Zu Buchstabe c

Die Regelung zu der Rangfolge in Absatz 1 Sätze 3 und 4 wurde aufgehoben, da nur noch Elternteile zu den Kosten aus Einkommen herangezogen werden. Stattdessen wurde in einen neuen Satz 5 eine Regelung zur Rangfolge für den Fall aufgenommen, dass der junge Mensch das Kindergeld bezieht. Zwar wird die Höhe des Kindergeldes die tatsächlichen Aufwendungen der Leistungen regelmäßig nicht decken, allerdings kann es bei einem hohen Kostenbeitrag der Elternteile aus Einkommen dazu kommen, dass die tatsächlichen Aufwendungen gemeinsam mit dem Kindergeld erreicht und überschritten werden. Für den Fall wird klargestellt, dass dann der Kostenbeitrag aus Einkommen der Elternteile ggf. gekürzt wird, weil der Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes des jungen Menschen vorrangig erhoben wird.

Zu Buchstabe d

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung daran, dass Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII nicht mehr zu den Kosten herangezogen werden. Die Verordnung zur Festsetzung der Kostenbeiträge für Leistungen und vorläufige Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe muss entsprechend geändert werden. Sie kann sich nur noch auf die Regelung der Höhe der Kostenbeiträge für Elternteile beschränken.

Zu Buchstabe e

In Absatz 6 wurde die Höhe der Kostenbeiträge aus Einkommen von jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII bestimmt. Da die Kostenheranziehung junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 SGB VIII aus Einkommen mit diesem Gesetz abgeschafft wird, entfällt diese Regelung.

Zu Nummer 4

Da der Kreis der Personen, die Inhaber eines Anspruchs sein können, der nach § 95 SGB VIII übergeleitet werden kann, nun in § 92 Absatz 1a SGB VIII genannt ist, erfolgt hier eine redaktionelle Anpassung. Zudem werden die Ehegatten und Lebenspartner der jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 ausdrücklich genannt, da diese nicht mehr in der Auflistung des § 92 Absatz 1a SGB VIII vorkommen. Der Anwendungsbereich des § 95 SGB VIII soll durch die Änderung der Regelung zur Kostenheranziehung nicht verändert werden.

Damit der Anwendungsbereich des § 95 SGB VIII nicht geändert wird, ist es zudem notwendig, das Wort „Kostenbeitragspflichtiger“ zu ersetzen. Bisher wurde festgelegt, dass ein überleitungsfähiger Anspruch nur besteht, wenn Anspruchsgegner kein „Kostenbeitragspflichtiger“ ist. Sinn und Zweck dieser Einschränkung ist, dass mit den Regelungen der Kostenheranziehung nach den §§ 91 bis 94 SGB VIII die Pflicht insbesondere von Unterhaltsverpflichteten, sich an den Kosten der Leistung der Kinder- und Jugendhilfe zu beteiligen, abschließend geregelt werden soll. Um dies auch nach Änderung des kostenbeitragspflichtigen Personenkreises zu gewährleisten, wird der Begriff „Kostenbeitragspflichtiger“ durch „eine in Absatz 1a genannte Person und eine andere gegenüber dem jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII dem Grunde nach zum Unterhalt verpflichtete Person“ ersetzt. Dadurch wird auch klargestellt, dass Ansprüche gegenüber Unterhaltspflichtigen, die auch bisher nicht kostenbeitragspflichtig waren, nicht über § 95 SGB VIII geltend gemacht werden können. Das Recht der Kostenheranziehung soll für die Inanspruchnahme von Unterhaltsverpflichteten abschließend sein.

Zu Nummer 5

§ 97a Absatz 1 Satz 2 SGB VIII wird redaktionell daran angepasst, dass junge Volljährige und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII nicht mehr aus ihrem Vermögen zu den Kosten herangezogen werden. Die grundsätzliche Auskunftspflicht von jungen Menschen, Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII und ihren Ehegatten und Lebenspartner bleibt bestehen, da die Auskunftspflicht in Bezug auf mögliche zweckgleiche Leistungen und das Kindergeld weiterhin für die Kostenheranziehung von Relevanz sein können.

Zu Nummer 6

Mit Änderungsanweisung in Artikel 36 Nr. 5 des Gesetzes vom 12.12.2019 (BGBl. I S. 2652) wurde § 107 SGB VII neu eingefügt. Diese Änderung tritt zum 1.1.2024 in Kraft. Der neue § 107 SGB VIII, der mit dem Kinder- und Jugendstärkegesetz vom 3.6.2021 (BGBl. I S. 1444) eingefügt wurde, muss daher in § 108 umbenannt werden, da § 107 sonst doppelt belegt ist.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Das Inkrafttreten soll zum Jahreswechsel stattfinden, damit die Jugendämter sich darauf einstellen können.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1024. Sitzung am 16. September 2022 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa (§ 94 Absatz 3 Satz 1 SGB VIII),
Doppelbuchstabe bb (§ 94 Absatz 3 Satz 2 – neu – SGB VIII) und
Doppelbuchstabe cc (§ 94 Absatz 3 Satz 5, Satz 6 – neu – SGB VIII)

Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe c ist wie folgt zu fassen:

,c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 < ... weiter wie Vorlage ...>

bb) In Satz 2 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „innerhalb eines Monats“ eingefügt.

cc) Folgende Sätze werden angefügt:

„Die Heranziehung <...weiter wie Vorlage....>.

§ 71 des Einkommensteuergesetzes findet entsprechend Anwendung.“

Begründung

Mit der Änderung ist beabsichtigt, eine Verwaltungsvereinfachung bei der Heranziehung von Kindergeld sowie auch die Reduzierung von Einnahmeausfällen zu erreichen.

Neben einem Kostenbeitrag der Eltern aus Einkommen ist von ihnen zusätzlich das Kindergeld zu verlangen – auch von den jungen Menschen, wenn sie es selbst beziehen. Die Heranziehung des Kindergeldes erfordert durch die hohe Regelungsdichte sowohl auf Seiten des SGB VIII und der Jugendämter als auch auf Seiten der Familienkasse (nach EStG und BKGG) einen erheblichen Arbeitsaufwand unter Einsatz umfangreicher Personalressourcen und führt parallel zu erheblichen Einnahmeverlusten.

Die Jugendämter müssen das Kindergeld von den Kostenbeitragspflichtigen einfordern. Erst wenn diese nicht leisten, darf das Jugendamt an die Familienkasse herantreten und um zukünftige Erstattung des Kindergeldes direkt an das Jugendamt bitten. Bis zum Abschluss der Vorgangsprüfung erhalten die Jugendämter für die Zeiträume kein Kindergeld. In der Folge entstehen Zahlungsrückstände und damit einhergehende Einnahmeverluste. Die daraus entstehenden Forderungen können vielfach auf Grund der Einkommensverhältnisse der Kostenbeitragspflichtigen nur schwerlich oder nie beglichen werden. Als weiterer Nachteil stellt sich die Tatsache dar, dass die Familienkasse Kindergeldzahlungen gegenüber dem Kindergeldberechtigten nicht anhalten darf, bis der Sachverhalt geklärt ist.

Um den Zeitraum sowie den Einnahmeverlust zwischen fehlender Zahlung und Entscheidung der Familienkasse zu verringern, wird gebeten, die benannten Änderungen in § 94 Absatz 3 SGB VIII umzusetzen.

Damit wäre klargestellt, zu welchem Zeitpunkt spätestens ein Erstattungsanspruch an die Familienkasse gestellt werden kann und dass die Familienkasse auch bei einem Erstattungsanspruch des Jugendamtes berechtigt wäre, die Kindergeldzahlung an den Kostenbeitragspflichtigen anzuhalten. Während der Prüfung des Vorgangs würden so Einnahmeverluste für das Jugendamt weitestgehend vermieden. Eine Erschwerung des Verwaltungshandelns soll damit nicht verbunden sein.

